

Markus Baum und Marius Otto

Die Paradoxie raumbezogener Sozialplanung

Zum Prozess nichtintendierter territorialer Stigmatisierung durch Sozialberichterstattung

1. Einleitung

Vor dem Hintergrund postfordistischer Arbeits- und Sozialverhältnisse sehen sich Städte und Kommunen gegenwärtig mit einer doppelten Herausforderung konfrontiert. Zum einen ist die Sozialstruktur sogenannter westlicher Gesellschaften seit fünf Jahrzehnten enormen Wandlungsprozessen ausgesetzt: Die Verlagerung der Industriearbeit in andere Weltregionen und die Schwächung der Gewerkschaften haben die Arbeiter*innenschaft fragmentiert und viele Industriearbeiter*innen in die Arbeitslosigkeit entlassen. Zugleich haben sich eine hochqualifizierte, ökonomisch wohlhabende Dienstleistungsklasse und ein minderqualifiziertes Dienstleistungsprekariat herausgebildet.¹ Die Auflösung der »nivellierten Mittelstandsgesellschaft« (Schelsky) und die damit einhergehenden Auf- und Abstiegsbewegungen sozialer Klassen haben zu einer erhöhten Armut und zunehmenden Polarisierung der Gesellschaft geführt. Räumliche Segregationsprozesse, die das Phänomen sozialer Polarisierung stets begleiten, lassen sich in allen urbanen Landschaften westlicher Staaten beobachten. Sie manifestieren sich in einer erhöhten Konzentration von Armuts- und Desintegrationsphänomenen auf kleinräumiger Ebene.² In diesem Kontext bilden sich entlang der Faktoren Einkommen, Bildung und Herkunft spezifisch abgrenzbare Stadtteile heraus, die als Bereiche enorm verdichteter sozialer Problemlagen wahrgenommen werden. Desolate Wohnsituationen und infrastrukturelle Defizite gehen Hand in Hand mit einer hohen Konzentration von Bedürftigkeit – die sich häufig in der Anzahl von Transferleistungsempfänger*innen ausdrückt.

Zum anderen stoßen Städte und Kommunen beim Versuch, strukturell bedingter, unfreiwilliger Segregation entgegenzuwirken, schnell an ihre finanziellen Grenzen. Seit ihrer neoliberalen Umgestaltung in den 1980er und 1990er Jahren sind die Verwaltungen gezwungen, sich in ihren Entscheidungen zunehmend an ökonomischen Kriterien zu orientieren, während zugleich die Verteilung von Steuergeldern auf die einzelnen Dezernate, Fachbereiche und Abteilungen der kommu-

1 Vgl. Boltanski, Esquerre 2019, Kapitel I, XIII, XIV; Reckwitz 2017, Kapitel II.

2 Vgl. Wacquant et al. 2014, S. 1273 ff. Ebenfalls können Wohlstandsphänomene segregiert auftreten. Wir beschränken uns im Folgenden jedoch auf diejenigen Formen der Segregation, die zumeist sozialplanerisch problematisiert werden, um den normativen Bezugspunkt der Sozialplanung für unsere immanent verfahrenende Kritik aufzugreifen.

nenalen Finanzverwaltungen eingeschränkt wird.³ Vor diesem Hintergrund obliegt es der kommunalen Sozialplanung als analytischer und strategisch beratender Verwaltungseinheit, gesellschaftlichen Desintegrationsprozessen entgegenzuwirken. Als zentrales Instrument der sozialplanerischen Praxis gilt die Sozialberichterstattung. Diese liefert der Sozialplanung sozialräumlich interpretierte Daten, mit denen die Prozesse sozialen Wandels beschrieben sowie die damit verbundenen Herausforderungen und Handlungspotenziale erschlossen werden sollen. Marginalisierte Quartiere werden im Schulterschluss von Sozialplanung und -berichterstattung zum Gegenstand der Planung und Entwicklung mit dem Ziel, die Lebensqualität aufzuwerten und Politik, Bürokratie und Bevölkerung für die quartierspezifischen Problemlagen zu sensibilisieren.⁴ Darüber hinaus soll es die Sozialberichterstattung ermöglichen, Fördermittel durch raumbezogene Programme der Europäischen Union sowie von Bund und Ländern zu erhalten und so weitere Projektansätze auf Quartiersebene zu finanzieren.

In diesem Beitrag werden wir sozialraum- und vor allem quartierbezogene Ansätze der Sozialplanung in ein anderes Licht rücken. Wir argumentieren, dass ihre Effekte als Elemente eines immanent – das heißt in der Perspektive der Sozialplanung selbst – kritisierbaren Prozesses begriffen werden können: Die Sozialplanung, so unsere These, verstärkt paradoxerweise durch eine spezifische Form der Sozialberichterstattung die strukturell bedingte, unfreiwillige Segregation marginalisierter Gruppen durch eine nichtintendierte Verstärkung der Stigmatisierung von Quartieren.

Zur Entwicklung dieses Gedankens nehmen wir eine gesellschaftstheoretisch informierte stadtsoziologische Perspektive ein. Zugleich ermöglicht unser Vorgehen, die eigene Position überzeugender zu legitimieren – ein begründungstheoretisches Motiv, das in gegenwärtigen Debatten zur reflexiven Sozialplanung zumeist nicht verfolgt wird. Denn dort wird davon abgesehen, den Modus der Kritik und die Form der Darstellung explizit und somit reflexiv zum Thema der eigenen Ausführungen zu machen. Unser Anliegen ist es hingegen, die von uns thematisierten Effekte als paradoxes Resultat einer spezifischen Form der Darstellung, nämlich der sozialräumlichen, zu erschließen. Indem wir dabei die Absichten sozialplanerischer Praxis ernst nehmen und zugleich aufzeigen, wie sie sich in ihr Gegenteil verkehren, wollen wir dazu beitragen, die Reflexion der Rolle von Sozialplanung und -berichterstattung innerhalb akademischer und außerakademischer Debatten zu intensivieren und zu schärfen.⁵

In einem ersten Schritt zeigen wir, inwiefern eine raumorientierte und im konstruktivistischen Sinne »raumschaffende« Sozialplanung und Sozialberichterstattung ganze Teile städtischer Landschaften problematisiert, um sie im weiteren Verlauf sozialplanerisch durch die Entwicklung von Maßnahmen und Program-

3 Vgl. Crouch 2008, S. 57–60, 101–132; Häußermann et al. 2008, S. 279–300; Streeck 2013.

4 Vgl. Gerber 2017, S. 13 f.

5 Vgl. zur Genealogie als immanent verfahrenende, Paradoxien entfaltende Kritik Menke 2018, S. 148–154; Honneth 1994, S. 57–69.

men zu »bearbeiten« (Abschnitt 2). Um die raum- und quartierbezogenen Folgen der Sozialplanung kritisch betrachten zu können, reflektieren wir in einem weiteren Schritt die Forschung zu Quartierseffekten (Abschnitt 3). Dabei begreifen wir Sozialplanung als ein Element des Prozesses territorialer Stigmatisierung, dessen paradoxe Effekte wir herausarbeiten. Entgegen einer fatalistisch-deterministischen Haltung – dass die paradoxalen Effekte zwangsläufig das letzte Wort haben – werden wir schließlich Empfehlungen für eine Sozialberichterstattung und -planung formulieren, die einen reflexiven Umgang mit Raumkonstrukten wie »Quartieren« und deren vermeintlichen Bedarfen und Interessen ermöglichen sollen (Abschnitt 4).

2. Perspektive und Normativität sozialplanerischer Praxis

Sozialplanung und die dazugehörige kommunale Sozialberichterstattung gehören gegenwärtig fast selbstverständlich zum Repertoire städtischer Verwaltungsstrukturen. Sozialplanung fungiert dabei als Bindeglied innerhalb einzelner kommunaler Verwaltungsstrukturen und bringt verschiedene Fachplanungen mit Bezug zu sozialrelevanten Themen zusammen. Sie hat somit eine wichtige kommunikative Funktion. Gleichzeitig ist sie federführend bei der Analyse der sozialen Lage in den Kommunen, sie analysiert kleinräumige Lebenslagen und überführt die Ergebnisse in raumbezogene Handlungskonzepte. Im Folgenden werden wir den Werdegang von Sozialplanung und der Rahmenbedingungen, unter denen sich eine moderne Sozialberichterstattung als Hauptaufgabe der Sozialplanung entwickelt hat, erläutern und kritisch diskutieren.

2.1 Sozialplanung als Teil der kommunalen Verwaltung

In Anbetracht der schwachen wirtschaftlichen Konjunktur der Jahre 1966 und 1967 wurden in der Bundesrepublik umfassende Regierungs- und Verwaltungsreformen vollzogen, die einen Umgang mit dieser Krise ermöglichen sollten. Im Zuge dieser Reformen wurde insbesondere auf kommunaler Ebene eine »integrierte Planung« implementiert. Diese sollte Verwaltungshandeln und Bürger*inneninteressen koordinieren sowie einzelne Fachplanungen und Einzelperspektiven (zum Beispiel Altenplanung, Jugendhilfeplanung, Stadtplanung) anlassbezogen zusammenbringen, um ganzheitliche Planungsansätze zu fördern.⁶ Integrierte Planungsansätze waren auch eine Reaktion auf Forderungen der außerparlamentarischen Opposition nach einer Demokratisierung öffentlicher Verwaltungsstrukturen, die Ende der 1960er Jahre laut wurden.⁷ Zur Bewältigung der vom kapitalistischen System induzierten sozialen Krisen und zunehmender Desintegrationsprozesse wurden auf kommunaler und später auch auf übergeordneten Ebenen Instrumente integrierter Planungsideen etabliert. Zu einem wesentlichen Instrument wurde dabei die Sozialplanung, die als Bindeglied verschiedener Fach-

6 Vgl. Dahme, Wohlfahrt 2013, S. 121.

7 Vgl. Offe 1972; Habermas 1973.

planungen fungieren und über ein eigenes Berichtswesen zur sozialen Lage in den jeweiligen Kommunen verfügen sollte. Sie erhielt die Aufgabe, kleinräumige Bedarfe und Problemstellungen zu ermitteln und so Lebenslagen verständlich zu machen.

In den 1990er Jahren rückte die Sozialplanung nochmals stärker in den Fokus. Mit dem Ziel, Effektivität und Effizienz der öffentlichen Verwaltung zu steigern sowie ihre Kooperation mit Politik, freien Trägern, privaten Akteuren und Bürger*innen zu forcieren, wurde in den Verwaltungsstrukturen ein stärker betriebswirtschaftlich orientiertes, sogenanntes Neues Steuerungsmodell implementiert.⁸ Im Rahmen dieses *New Public Management* obliegt es der Sozialplanung weiterhin, die sozialen Lagen innerhalb der Stadtgrenzen zu erforschen, soziale Bedarfe zu erheben und Dienstleistungen sowie Maßnahmen als Lösungsansätze zu definieren. Sozialplanung ist allerdings durch das stärker auf Effektivität ausgerichtete System und die zunehmende Finanzknappheit in den kommunalen Haushalten noch mehr zu einer professionell-analytischen und vor allem strategisch-beratenden Einheit geworden, die zur Steuerung von Ressourcenallokation, dem Abgreifen von übergeordneten, raumbezogenen Fördermitteln und vor allem zur Evaluation beziehungsweise Wirkungsmessung von Ausgaben (finanzielle Mittel/Personal) beitragen soll. In vielen Kommunen wurden umfassende und in einem regelmäßigen Turnus erscheinende Sozialberichterstattungen (unter dem Namen Sozialberichte, Sozialmonitorings etc.) etabliert. Anspruch der Sozialplanung ist im Rahmen dieser Berichterstattung, gesellschaftliche, städtebauliche und sozialrechtliche Aspekte zusammenzubringen und eine inklusive Planungsperspektive einzunehmen.⁹ Der integrierte Blick auf die Zusammenhänge und Wechselwirkungen von einzelnen (sozialen) Themenfeldern macht die Sozialplanung zu einem fachübergreifenden Analyseinstrument, das unterschiedliche politische Handlungsfelder (wie Bildung, Gesundheit oder Arbeitsmarkt) gemeinsam betrachtet.¹⁰

Die sozialplanerische Praxis zeichnet sich auf den ersten Blick durch eine stark ausgeprägte Methodenvielfalt aus, die sich aus dem Fundus der qualitativen und quantitativen empirischen Sozialforschung bedient. Ebenso divers fällt die Rekonstruktion der sozialplanerischen Perspektiven aus: Klassen-, Schicht- oder Lebenslagenanalysen, die sich an objektiv messbaren Bedingungen (Einkommen, Beruf, Bildung etc.) orientieren und vertikale Hierarchien abbilden; Studien, die anhand subjektiver Präferenzen (Werte, Geschmack etc.) und objektiver Bedingungen horizontal differenzierte Milieus darstellen; Untersuchungen von sozialen Lagen, die ökonomische und soziale Bedingungen (Netzwerke, Wohnsituation, Diskriminierungen etc.) zusammen betrachten.¹¹ Möglichkeiten, innovative Wege abseits etablierter Analysestrukturen zu gehen, sind somit zunächst grundlegend gegeben. Vor dem Hintergrund der übergeordneten Ziele (vor allem Steuerung von Res-

8 Vgl. Häußermann et al. 2008, S. 295–298.

9 Vgl. Gottschalk 2019, S. 5; Werner 2019 b, S. 18.

10 Vgl. Brülle, Krätschmer-Hahn 2018.

11 Vgl. Hermen 2006, S. 53 f.

sourcenallokation; Unterstützung bei der Fördermittelakquise) ergibt sich jedoch ein sehr enger Handlungsrahmen.

2.2 Die Territorialisierung des Sozialen: Raumorientierung in der Sozialplanung

Das Kernstück der Sozialplanung war von Beginn an eine raumorientierte Perspektive. Ihr Auftrag ist es, die soziale Lage auf kleinräumiger Ebene zu beschreiben und zu bewerten. Die Maßstabsverschiebung zugunsten kleinräumiger Strukturen – sowohl was Ursachenforschung als auch Lösungserarbeitung angeht – ist eng mit der Abkehr vom nationalstaatlichen Paradigma als politischem Ordnungsrahmen infolge der Globalisierung verbunden. Diese neue Territorialisierung sozialer Phänomene führt zu einer Perspektivänderung und zu einem schärfer gestellten Fokus, durch den neue Verwaltungseinheiten sichtbar werden: Quartiere oder Nachbarschaft werden so als Nahraum derjenigen definiert, die die sozialplanerische Praxis maßgeblich adressiert.¹²

Aus der Perspektive der Verwaltung stellt sich die Territorialisierung von sozialen Phänomenen durch das Instrument der Sozialplanung als ein Modernisierungsprozess dar. Die räumliche Nähe verspricht, soziale und individuelle Ressourcen effektiver und effizienter zu aktivieren und Bürger*innen beteiligen zu können.¹³ Den Prinzipien der Raumorientierung folgend wird »auf Dezentralität, Ressourcenverantwortung, Infrastrukturentwicklung, Überwindung der Einzelfallorientierung, Kooperation und Selbststeuerung gesetzt [...], um passgenauere Lösungen zu finden und um brachliegendes soziales und kulturelles Kapital im Sozialraum, Bezirk, Stadtteil oder Quartier zu bergen«.¹⁴

Begleitet wird der beschriebene Territorialisierungsprozess von einer sukzessiven Minderung der finanziellen Mittel, die Bund und Länder den Kommunen und Städten zur Verfügung stellen. Zugleich steigt der Stellenwert einer effizienten Ressourcenallokation – insbesondere für die besonders relevanten »freiwilligen« Mittel, die abseits von gesetzlich festgelegten Zahlungen (zum Beispiel im Rahmen des Sozialgesetzbuchs) zusätzlich als Fördersummen bereitgestellt werden.¹⁵ Wenn also Mittel für ein »freiwilliges« zusätzliches Beratungsangebot, zum Beispiel für Alleinerziehende oder für eine Begegnungsstätte für Senior*innen, zur Verfügung gestellt werden sollen, dann besteht der Anspruch, diese Angebote derart zu lokalisieren, dass sie den größten Effekt erzielen können. In der Regel wird »bedarfsgerecht« gehandelt, das heißt es werden Räume identifiziert, in denen mit Blick auf die oben genannten Beispiele die Alleinerziehenden-Quote oder der Anteil der älteren Bevölkerung besonders hoch sind. Zusätzliche Mittel sollen in dieser Logik dort ausgegeben werden, wo möglichst viele Personen der definierten Zielgruppen davon profitieren können. Eine Folge davon ist die Territorialisie-

12 Vgl. Butterwegge 2001; Crouch 2008.

13 Vgl. Kessler, Reutlinger 2010, S. 44; Volkmann 2012, S. 41 f.

14 Krummacker et al. 2003, S. 148.

15 Vgl. Häußermann et al. 2008; Jungfer 2005.

rung von sozialen und insbesondere sozio-ökonomischen Problem- und Bedarfslagen.

In diesem Kontext haben sich raumbezogene Förderprogramme von Bund und Ländern (insbesondere »Soziale Stadt«) sowie auf europäischer Ebene (zum Beispiel Europäischer Sozialfonds) etabliert, um Städte und Kommunen zu unterstützen, denen die ökonomischen Ressourcen zum Erhalt oder Ausbau der öffentlichen Infrastruktur fehlen. Die finanziellen Zuweisungen sind stets an eine begründete, räumlich fixierte Bedarfsartikulation seitens der Kommunen gebunden. Denn raumbezogene Förderprogramme sind zugeschnitten auf eine sozial-räumliche Akkumulation von (als solche) identifizierten Problemlagen und haben das Ziel, jene räumlichen Inseln des konzentrierten Bedarfs planerisch zu bewirtschaften und sogenannte Strukturprobleme wie Armutsphänomene, Desintegrationsprozesse, städtebauliche Missstände oder eine schlechte Verkehrsanbindung und infrastrukturelle Ausstattung auf kleinräumiger Ebene zu bekämpfen.¹⁶

Das im Zuge von Förderprogrammen identifizierte Problem gründet dieser Logik folgend nicht in sozialen Prozessen und Strukturen (zum Beispiel Strukturwandel, verfestigter Transferleistungsbezug), sondern in der räumlichen Zuspitzung sozialer Problemlagen, die durch die kommunale Territorialisierung sozialer Phänomene verursacht oder zumindest verstärkt wird. Wichtige Implikationen hat die Territorialisierung von sozialen Prozessen jedoch für die Zielsetzung einer raumbezogenen Förderpolitik: Das Ziel der Problemlösung ist nicht, soziale Missstände im Allgemeinen abzubauen, sondern einzelne Räume als fest abgegrenzte Raumcontainer aufzuwerten. Somit verstärken raumbezogene Förderprogramme von Bund und Land den Prozess der Territorialisierung, der sich in den letzten Jahren vollzogen hat, nochmals deutlich. Denn zum Erhalt der Fördermittel benötigt die beantragende Kommune oder der beantragende Akteur innerhalb der Kommune eine geeignete Projektidee und ein räumlich abgegrenztes Projektgebiet. Dies ist eine entscheidende Rahmenbedingung für die Sozialplanung, die somit dazu verleitet wird, in defizitorientierter Weise »Problemräume« auszuweisen.

Eng verknüpft mit dem Bedeutungszuwachs der Sozialplanung als strategisches Instrument ist auch die zunehmende Raumorientierung der operativen beziehungsweise lösungsorientierten Ebene innerhalb der Sozialen Arbeit. Insbesondere das Konstrukt des Sozialraums prägt seit Mitte der 1990er Jahre deutlich die Grundausrichtung von Sozialer Arbeit. Im Kontext der sozialen Kinder- und Jugendarbeit erstarkte Ende der 1980er Jahre das Plädoyer für eine sozialraumorientierte Planung.¹⁷ Gemeinhin gilt die Sozialraumorientierung als Weiterentwicklung der Gemeinwesenorientierung und wird als Anschluss an die Tradition der Fürsorge verstanden. Sozialräume können aus der Perspektive der Sozialen Arbeit als administrativ und distinkt abgegrenzte kommunale Bezugsgrößen, als

16 Zu den bedeutendsten raumbezogenen Förderprogrammen gehört das Bund-Länder-Programm »Soziale Stadt«, das seit 1999 und in mittlerweile weit über 500 Kommunen in Deutschland in integrierter Form Quartiersentwicklung fördert (vgl. BMI 2018).

17 Vgl. Kessl, Reutlinger 2010, S. 43.

Leistungsbereiche (zum Beispiel im SGB VIII oder SGB XII) sowie als Schul- oder Arbeitsamtsbezirke verstanden werden. All diesen Verständnissen ist gemein, dass Raum als Ort der *top-down*-Steuerung zur Verteilung von Kapital, Leistungen und Personalressourcen gilt. Zugleich kann Sozialraum als Lebensraum mit unscharfen Grenzen verstanden werden, der sich im Rahmen von *bottom-up*-Prozessen aus Handlungen, Kommunikation und der Aneignung durch Akteure konstituiert.¹⁸ Der Sozialraumbezug (im weiteren Verlauf auch verstärkt als Quartiersorientierung auftretend) in der Sozialen Arbeit erhöht die Bedeutung der Sozialplanung, da sie ein Instrument zur Identifizierung von zu fördernden »Problemräumen« für die Soziale Arbeit darstellt.

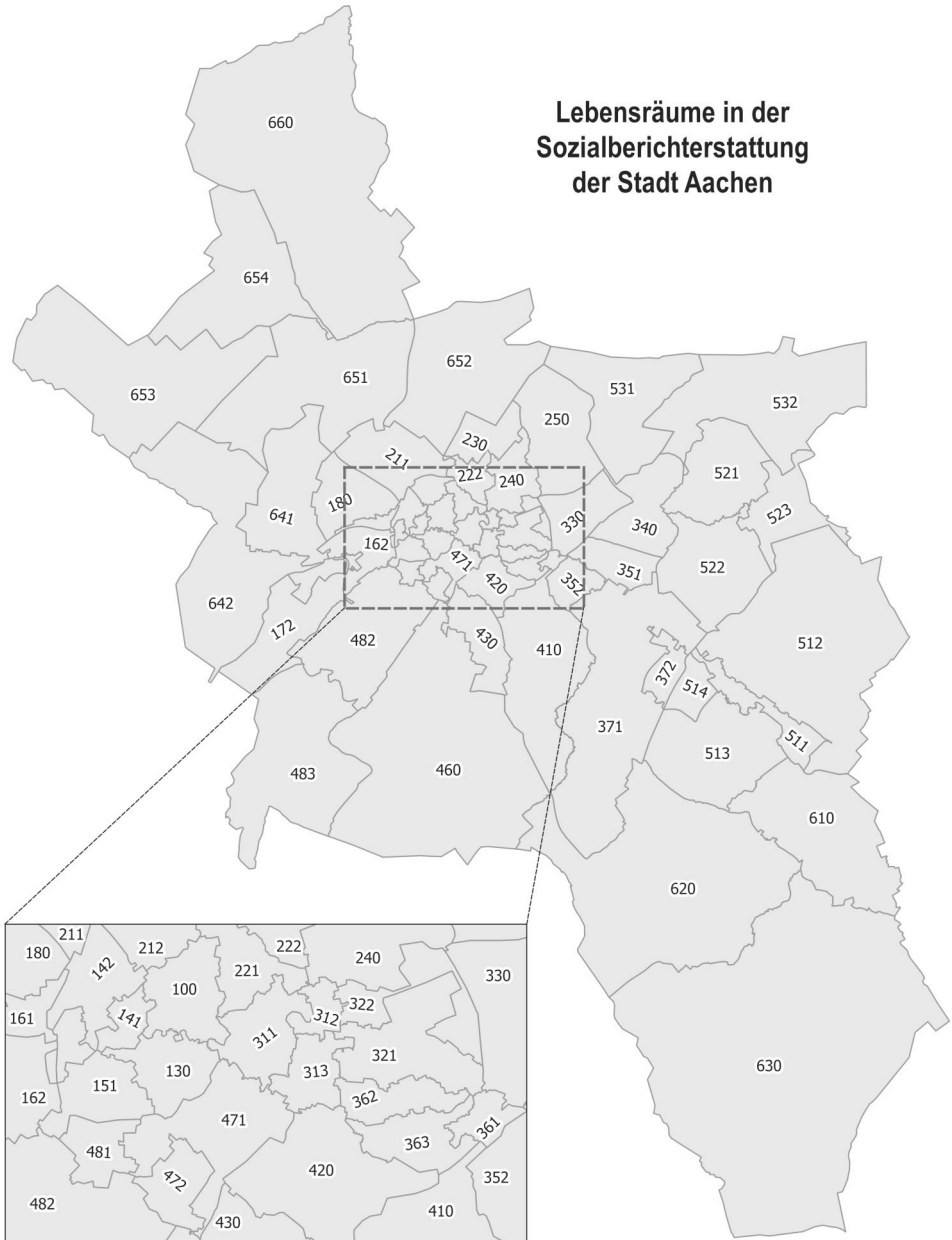
2.3 Sozialberichterstattung und die Konstruktion von Problemquartieren

Als zentrales Instrument der Sozialplanung gilt, wie bereits oben beschrieben, eine moderne, integrierte Sozialberichterstattung, die verschiedene Funktionen wahrnimmt. Ihre Aufgaben sind die Beschreibung der sozialen Realität mittels Daten, das Monitoring des gesellschaftlichen Wandels, die Ermittlung von *best practices* (Benchmarking) zum Zwecke von Handlungsempfehlungen und die Evaluierung von Programmen und Maßnahmen sowie deren Wirkung. So liefert sie Informationen und Indikatoren für die Planung und Steuerung von sozialen Infrastrukturen und für die Ausarbeitung sozialpolitischer Leitlinien. Eine weitere Anforderung ist eine transparente öffentliche Kommunikation.¹⁹ In den meisten Kommunen Deutschlands hat sich mittlerweile ein Sozialberichtswesen etabliert, das themenübergreifende Darlegungen zur jeweiligen sozialen Lage hervorbringt. Dabei werden in der Regel statistische Raumeinheiten untersucht, die in den städtischen Durchschnittskontext eingeordnet und für die Handlungsfelder definiert werden. Nicht selten werden hierfür neue räumliche Ordnungen der Städte geschaffen. In jedem Fall werden solche Räume analysiert, für die es eine Datenbasis gibt. In Abbildung 1 werden exemplarisch die 60 sogenannten »Lebensräume« der Stadt Aachen dargestellt, auf deren Basis das Stadtgebiet eigens für die Sozialberichterstattung neu aufgeteilt wurde. Auf Grundlage dieses Raumkonstrukts wird die räumlich-soziale Entwicklung der Stadt im Sozialberichtswesen kontinuierlich analysiert.

18 Vgl. Heintze 2019, S. 42 f.

19 Vgl. Dohmen-Burk 2019, S. 83; Gottschalk 2019, S. 7 ff.; Hermann 2006, S. 50 f.; Werner 2019 b, S. 22.

Abbildung 1: Die sogenannten statistischen Lebensräume in der Sozialberichterstattung der Stadt Aachen²⁰



20 Eigene Darstellung.

Die Analysen in den Sozialberichterstattungen deutscher Kommunen bedienen sich unterschiedlichster statistischer Methoden und versuchen ein Bild von der sozialen Lage zu zeichnen. Aufgrund der spezifischen Rahmenbedingungen (Ressourcenallokation, Problemidentifizierung) sind sie allerdings zumeist defizitorientiert. Sie spüren negative Abweichungen von der Norm auf, die als Problem behandelt werden, denn die Sozialplanung soll vor allem Probleme und dazugehörige Lösungsstrategien herausarbeiten. Wie die negativen Abweichungen von der Norm (»Problemquartiere«) mit unauffälligen, weil stabilen Strukturen anderer Teilräume zusammenhängen, wird selten untersucht.

Des Weiteren verfolgt die Sozialberichterstattung das Ziel, sich mit »Daten der Realität so weit wie möglich anzunähern«.²¹ Die soziale Realität ist demnach gegeben, Daten bilden sie lediglich mehr oder minder genau ab. An dieser Haltung offenbart sich ein vor-kritisches Empirieverständnis. Denn sie ignoriert erkenntnistheoretische und wissenssoziologische Auseinandersetzungen mit dem Empiriebegriff ebenso wie den eigenen defizitkonstruierenden Anteil im Prozess der Problemdefinition. Ausgehend von administrativen Raumeinheiten wie Wahlbezirken definiert die Sozialberichterstattung vermeintlich statistisch-homogene Sozialräume beziehungsweise Quartiere und wertet unterschiedliche Sozialindikatoren aus. Aus diesen werden raumbezogene Handlungsnotwendigkeiten abgeleitet.

Ob intendiert oder nicht, entsteht so ein Benchmarking der zur Analyse bereitstehenden Raumcontainer. Denn wie ein Sozialraum hinsichtlich seiner Daten einzuordnen ist, ist immer relativ: Die Werte eines jeden Raumcontainers werden mit allen anderen Werten und vor allem mit gesamtstädtischen Durchschnittswerten verglichen. Insbesondere Abweichungen vom Durchschnittswert werden kommentiert. Nicht selten werden Quartiere als Fördergebiete neu definiert, um Fördermittel zu erhalten. Abhängig davon, welche Straßenzüge und Baublöcke in das jeweilige Fördergebiet integriert werden, ergibt die Konstruktion dieser Gebiete gänzlich andere Durchschnittswerte für die gewählten Sozialindikatoren und somit sehr unterschiedliche Facetten territorialer Problemzuspitzungen. Der Druck, an den großen Töpfen raumbezogener Fördermittel zu partizipieren, »verführt« geradezu, Problemquartiere zu identifizieren, und damit auch, sie zu konstruieren. Wie für alle anderen derart etablierten Räume (Nationalstaaten, Regionen) gilt somit ebenso für Stadtquartiere, dass diese als gesellschaftliche Konstrukte zu verstehen sind. Sie verfestigen sich durch (ihre) Kommunikation und tragen dazu bei, Städte zu strukturieren und zu beschreiben.²²

Darüber hinaus werden zwar qualitative Analysemethoden von Sozialplanenden und Forschenden als wünschenswert erachtet, jedoch zugleich als unrealistisch, weil aufwändig charakterisiert. Es dominieren daher quantitative Ansätze,²³ weil

21 Dohmen-Burk 2019, S. 91.

22 Vgl. Anderson 2005 [1983]; Gebhardt et al. 2004; Miggelbrink 2009; Wardenga 2006. Vgl. zur Konstruktion sozialer Wirklichkeit in soziologischer Perspektive maßgeblich Berger, Luckmann 2004.

23 Vgl. Kessl, Reutlinger 2010, S. 133.

die Operationalisierung auf diesem Wege leichter zu gestalten ist und sogenannte harte Indikatoren eher geeignet sind, Verwaltung, Politik und Öffentlichkeit zu überzeugen.²⁴ Sich durch Zahlen in der Welt zu orientieren und für das eigene Handeln Legitimation zu verschaffen, kann als eine für die Moderne und insbesondere die Gegenwart typische Haltung begriffen werden.²⁵

Sozialberichterstattung und Sozialplanung nehmen sich davon nicht aus. Daher werden die »Problemräume« der Stadt durch statistische Indikatoren vermeintlich objektiv herausgefiltert. In einem weiteren Schritt werden diese kartografisch verarbeitet. So wird der Diskurs zur gespaltenen Gesellschaft um teils plakative, leicht verständliche Karten ergänzt, die ein wichtiges Produkt kommunaler Sozialberichterstattung sind.²⁶ Hier erscheinen die »Problemquartiere« als von der Norm abweichende »Inseln«, häufig plakativ als rot eingefärbte Raumeinheiten.²⁷ Sie werden als soziale Brennpunkte oder Viertel mit besonderen Herausforderungen beschrieben und stellen damit das Endprodukt der von der Sozialberichterstattung vollzogenen Territorialisierung sozialer Probleme dar.

Zusätzlich zu ihren endogenen Strukturdefiziten werden diese Räume somit exogen durch ihre spezifische Behandlung als zentrale räumliche Problemfelder exponiert – dies verdeutlicht den schmalen Grat von Analyse und Überakzentuierung.²⁸ Häufig genügt für die Hervorhebung von »Problemquartieren« eine verknüpfende Analyse von einigen wenigen Indikatoren. Diese sind vor allem auf sozio-ökonomische Strukturdaten ausgelegt (SGB II, SGB XII, Alleinerziehenden-Quote, unter anderem auch Daten zu Schuleingangsuntersuchungen). Die komplexen Lebenswelten der Menschen in diesen Quartieren werden über ein paar Indikatoren »erklärt« und in den Raumcontainern fixiert, um sie sozialplanerisch besser handhaben zu können. Sozialräumlich organisierte Handlungsinstrumente (wie das Quartiersmanagement) werden entsprechend dieser Ergebnisse konzentriert in den jeweiligen Quartieren eingesetzt. Während das im Sinne einer ausgleichenden Sozialpolitik verständlich ist, wird vor Ort jedoch nochmals die Botschaft verbreitet: »Hier sind die Probleme übergroß!« Weiterhin stimmen die – Mangel und Bedarfe anzeigenden – Problemindikatoren oftmals unzureichend mit den Bedürfnissen der vor Ort Lebenden überein. Sie geben lediglich an, hinsichtlich welcher Kriterien die Quartiere bisher nicht planerisch bewältigt werden konnten.²⁹ Zudem ergibt sich ein nicht unerheblicher Zielkonflikt. Bei der Bedarfsformulierung und der Festlegung von sozialen Problemlagen wird selten reflektiert, welche Ziele konkret verfolgt werden: Gilt es, aus in Kartenbänden rot eingefärbten Problemquartieren grüne, also positiv bewertete Quartiere zu

24 Vgl. Dohmen-Burk 2019, S. 91; Hermann 2006, S. 53 f.

25 Vgl. Mau 2017; Vormbusch 2012.

26 Dieses Vorgehen lässt sich europaweit – beispielsweise im Rahmen des Programms »Politique de la Ville« in Frankreich – nachweisen, sodass sich eine europäische Landkarte benachteiligter Quartiere erstellen lässt (vgl. Kessler, Reutlinger 2010, S. 54 ff.).

27 Beispiele bei Kozanák 2014, S. 27; Kersting 2009, S. 143.

28 Siehe dazu ebenfalls Abschnitt 3.2.

29 Vgl. May 2017, S. 18 f.

machen? Hierfür müsste in vielen Fällen eine Strategie erarbeitet werden, die Gentrifizierung begünstigt. Oder geht es nicht vielmehr darum, die Lebensbedingungen und die soziale Teilhabe unter den gegebenen sozio-ökonomischen Voraussetzungen zu verbessern?³⁰

Insgesamt führt die Verräumlichung sozialer Herausforderungen innerhalb der Städte zu einer unzureichenden Fokussierung gesellschaftlicher Prozesse: Aufgezeigt wird, wo es am schlimmsten ist. Zudem werden differenzierte und individuelle Problemlagen über den Raum verallgemeinert. Aus sozialen Problemen der Menschen vor Ort werden räumliche Strukturprobleme. Aus »armen« Menschen werden »arme« Quartiere.

3. Die paradoxe Stigmatisierung von Quartieren

Im Folgenden werden wir die bisher reflektierte sozialplanerische Praxis stadtsoziologisch interpretieren und ihre paradoxe Wirkung herausarbeiten. Um diesen Effekt deutlicher benennen zu können, befassen wir uns zunächst mit der Debatte zur Wirkung von Quartieren.

3.1 *Der Effekt von Quartieren*

Die Fokussierung auf Quartiere als Orte konzentrierter Strukturen der Benachteiligung wirft die Frage auf, ob Quartiere lediglich ein Ausdruck von Problemen oder vielmehr eine systematische Ursache der Problemgenerierung sind.³¹

Die Forschungsliteratur zu Quartiereffekten (auch Kontext- oder Nachbarschaftseffekte genannt) lässt sich nicht auf eine einheitliche Position bringen. In der dominierenden Position wird davon ausgegangen, dass Quartiere mit einem hohen Anteil sozial Benachteiligter eine zusätzliche Wirkung auf ihre Bewohner*innen haben.³² Diese kann durchaus positiv sein, gerade dann, wenn Quartiere Lebenslagen stabilisieren, indem sie als Orte wechselseitiger Unterstützung durch alternative solidarische Netzwerke fungieren und so den Weg zurück in die als Norm verstandenen gesellschaftlichen Verhältnisse ermöglichen.³³ Zumeist

30 Letzteres würde aber unter Umständen bedeuten, dass sich auch nach den Maßnahmen strukturell und oberflächlich wenig an dem definierten Raumcontainer ändert.

31 Ursachen für soziale Problemlagen werden – neben der räumlichen Ebene – noch auf der gesellschaftlichen und individuellen Ebene verortet (vgl. Volkmann 2012, S. 19–23). Spuren der Debatte zu gegenwärtig so bezeichneten Quartiereffekten reichen zurück bis zu Engels Analyse der Wohnsituation der englischen Arbeiterklasse Mitte des 19. Jahrhunderts (vgl. Marx, Engels 1972, S. 225–506). Als eigentlicher Ausgangspunkt der Quartiersforschung wird die Stadtsoziologie der Chicagoer Schule Anfang des 20. Jahrhunderts betrachtet. In Deutschland ist der Einfluss von Quartieren seit den 1970er Jahren tendenziell Gegenstand der Forschung, wird jedoch erst seit den 1990er Jahren verstärkt in den Fokus der Stadtforschung gerückt (vgl. Dangschat 2000, S. 142 f.).

32 Vgl. Volkmann 2012, S. 18.

33 Vgl. Keim, Neef 2000, S. 253, 263 ff.

werden jedoch negative Effekte von Quartieren diskutiert, wie die stärkere Überwachung durch staatliche oder kommunale Institutionen oder die selektive Abwanderung derjenigen, die der Norm genügen und durch ihren Wegzug die soziale Infrastruktur schwächen.³⁴ Diese Effekte lassen sich hinsichtlich ihrer sozialen (Interaktion, Zusammensetzung der Wohnbevölkerung, Sozialisation), politischen (institutionelle Vorgehensweisen), materiell-physischen (Umweltbedingungen, bauliche und infrastrukturelle Ausstattung, Lage und Erreichbarkeit) und symbolischen (Image, Stigma) Dimension differenzieren.³⁵ Werden alle Effekte zusammen betrachtet, wird häufig von räumlich bedingten Armutsspiralen gesprochen.

Die gegenläufige Annahme ist, dass sozioökonomische Marginalisierungsprozesse nicht auf Quartiere, sondern auf benachteiligte Lebenslagen zurückzuführen seien. Die Lebenslagen und damit verbundenen Chancen, persönliche Ziele zu realisieren, würden auch in marginalisierten Quartieren divergieren.³⁶ Ein grundlegenderer Einwand wider die Quartiereffekte ist theoretisch-konzeptioneller Art: Das Quartier ist ein administratives Konzept, der Interaktionsraum von Bewohner*innen definiert sich hingegen über deren Lebenswelt, die gerade in der sozialen Dimension (Netzwerke, Freundschaften etc.) über das Quartier hinausweist und sich daher viel stärker als das Quartier auf deren Lebenssituation auswirkt.³⁷

Diese Argumente gegen Quartiereffekte mögen hinsichtlich der sozialen Dimension, auf die sie sich primär beziehen, triftig sein. Die Wirkung der symbolischen Dimension widerlegen sie aber nicht grundlegend, da hier Außenwahrnehmungen und Zuschreibungen durch andere zentral sind. Prozesse der Demütigung lassen sich daher durchaus auf das Quartier zurückführen und auf den Begriff territorialer Stigmatisierung bringen.

3.2 *Territoriale Stigmatisierung durch Sozialplanung und ihre paradoxalen Folgen*

Unter territorialer Stigmatisierung wird die kollektiv vollzogene symbolische Abwertung städtischer Räume verstanden.³⁸ Diese Prozesse wurden von Loïc Wacquant zum ersten Mal am Beispiel der Chicagoer Hyper-Ghettos sowie der französischen Banlieues in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts aufgezeigt, vollziehen sich vor dem Hintergrund zunehmender ökonomischer Unsicherheit

34 Vgl. Farwick 2001, S. 123–141; Kessl, Reutlinger 2010, S. 114–120; Häußermann, Siebel 2000, S. 133 f.

35 Vgl. Dangschat 2014, S. 226 f.; Schuster, Volkmann 2019, S. 2 ff.; Volkmann 2012, S. 20.

36 Vgl. Schuster, Volkmann 2019.

37 Vgl. Volkmann 2012, S. 42, 78 f.

38 Wacquant 2018, S. XX; vgl. Wacquant et al. 2014, S. 1272.

am unteren Ende der sozialen Ordnung mittlerweile jedoch in allen westeuropäischen Staaten.³⁹ Dabei beruht das

»zentrale Charakteristikum des neu entstehenden Regimes städtischer Marginalität [...] auf [...] der Ausbreitung von unsicheren, kurzfristigen, geringfügig entlohnten, in die Sackgasse führenden Beschäftigungsverhältnissen am unteren Ende der Beschäftigungsstruktur – ein Trend, der sich in den vergangenen beiden Dekaden in allen fortgeschrittenen Ländern beschleunigt und verfestigt hat.«⁴⁰

Wacquant hat gezeigt, dass spezifische Gruppen über die symbolische Macht verfügen, festzulegen, wie derartige Zonen »hochentwickelte[r] Marginalität«⁴¹ wahrgenommen, interpretiert und anschließend zum Gegenstand politischer Maßnahmen gemacht werden.⁴² Zu diesen Gruppen zählt er insbesondere die städtische Bürokratie, die Privatwirtschaft sowie Wissenschaftler*innen und intellektuelle Eliten. Als Teil der städtischen und kommunalen Verwaltung erlangen auch die Sozialplanung und -berichterstattung Einfluss auf den Prozess territorialer Stigmatisierung. Wie oben beschrieben, nehmen sie räumliche Grenzziehungen vor und halten städtische Bürokratien an, spezifische Sozialräume als Problem zu behandeln. Ist der Schritt zum Stigma durch die Definition des Viertels als Ort konzentrierter Problemlagen vollzogen, folgen laut Wacquant weitere:

»Diese auf den Raum bezogene Schande verzerrt Wahrnehmung und Verhalten von Akteuren der öffentlichen Bühne und der Wirtschaft (etwa wenn Firmen die Auswahlkriterien bezüglich Investitionen und Anstellungen nach Lage und Wohnort ausrichten), ebenso wie die Zuteilung zentraler öffentlicher Dienstleistungen wie Sozialhilfe, Gesundheit und Polizei.«⁴³

Wissenschaft und Journalismus tragen ihren Teil zu diesem Prozess bei, indem sie durch die gezielte Verwendung von Signalworten oder eine intensiviertere, problematisierende Forschung und Berichterstattung die Wahrnehmung bürokratischer Eliten prägen und konsolidieren. So titelt die *tz* 2009 »Wo Münchens Sorgen wohnen« und liefert in einer Grafik die entsprechend rot eingefärbten Gegenden der Stadt gleich mit.⁴⁴ Sehr anschaulich zeigt das Münchner Boulevardmagazin, wie die räumliche Adressierung sozialer Probleme zum territorialen Stigma gerät. Mit Blick auf die Wissenschaft kann für den deutschsprachigen Raum die Stellungnahme des wissenschaftlichen Leiters vom Deutschen Institut für Urbanistik (Difu), Rolf-Peter Löhrs, im Jahre 2002 als paradigmatisch für diesen Stigmatisierungsprozess gelten. Denn das Difu ist bis 2003 die zentrale wissenschaftliche

39 Vgl. umfassend Wacquant 2018, S. IX–XXVI.

40 Ebd., S. XVIII. Vgl. auch ebd., S. 252–267, 286–296; Wacquant et al. 2014, S. 1273. Aufgrund dieser Verallgemeinerung ist seine Theoriebildung für unsere Ausführungen von hoher Relevanz.

41 Wacquant 2018, S. XVIII.

42 Vgl. zu dieser gruppenspezifischen Macht ebd., Teil I und Teil II. Vgl. grundlegend zum Begriff symbolischer Macht Bourdieu 2008, S. 125; Bourdieu 2005 [1998], S. 63 f.

43 Vgl. Wacquant 2018, S. XX–XXI.

44 Vgl. *tz* 2009. Eine eindrückliche Zusammenstellung der von Medienakteuren vollzogenen Moralisierung und Stigmatisierung sozialer Ungleichheit liefert Chassé 2010, S. 18–38.

Begleitinstanz im Rahmen des Bundesprogramms »Soziale Stadt«, das die Identifikation sozialräumlicher Problemlagen durch Sozialberichterstattung sowie deren sozialplanerische Bewältigung zum Ziel hat.

»Dort leben manche Leute schon in der dritten Generation von Sozialhilfe – da herrscht Sozialhilfeadel – die wissen gar nicht mehr, wie das ist, morgens aufstehen, sich rasieren, vernünftig anziehen und zur Arbeit fahren. Die kassieren ihr Geld vom Staat, machen nebenbei noch ein bisschen Schwarzarbeit, wenn sie nicht sogar kriminell werden. Wenn wir etwas bewegen wollen, müssen wir diese Leute aus ihrer Lethargie wecken, ihnen klar machen, dass sie für sich, ihre Stadt und ihr Viertel selbst verantwortlich sind.«⁴⁵

Wissenschaft und Journalismus geben hier eine Perspektive vor, in der die dem Wohnort zugeschriebenen negativen Attribute auf die Bewohner*innen übertragen und soziale Probleme, die in einem Mangel an Infrastruktur und Arbeitsplätzen gründen, auf individuelle Einstellungen und Verhaltensweisen (beispielsweise fehlende Leistungsbereitschaft) zurückgeführt werden.⁴⁶ Es obliegt nun den Bewohner*innen selbst, sich eigenverantwortlich aus ihrer sozialen Lage zu befreien.⁴⁷ Im Umgang mit stigmatisierten Orten wird jedoch nicht allein auf Aktivierungs- und Rehabilitierungspolitiken, sondern immer wieder auch auf Methoden des Überwachens und Bestrafens zurückgegriffen.⁴⁸

Das territoriale Stigma kann tiefschürfende soziale und psychische Folgen für die Bewohner*innen marginalisierter Quartiere haben. Denn die mit dem Stigma einhergehenden Formen der Missachtung, Demütigung und Diskreditierung können, mit Goffman gesprochen, als Ursache beschädigter Identitäten gelten.⁴⁹ Die beschädigte Identität erschwert es den Bewohner*innen, sich mit dem Quartier und ihrem sozialen Umfeld zu identifizieren. Als Folge ziehen sie sich ins Private zurück, was zur Erosion sozialer Bindungen führt und die Fähigkeit unterminiert, sich kollektiv zu organisieren.⁵⁰ Auf diese Weise raubt die territoriale Stigmatisierung den Betroffenen die Möglichkeit, sich selbst zu repräsentieren und eigenmächtig ihr Leben zu gestalten, sie beraubt sie eines für die Selbstbeschreibungen moderner Gesellschaften wesentlichen Moments: des Status als Subjekt.⁵¹

45 Löhr, zitiert nach Kessl, Reutlinger 2010, S. 107.

46 Vgl. Reutlinger, Vellacott 2018.

47 Heintze 2019, S. 39; vgl. zudem Foucault 2005, S. 148–174, 240–263; Bröckling et al. 2000.

48 Vgl. Kessl, Reutlinger 2010, S. 114–120; Wacquant 2018, S. XXI. Zu diesen Maßnahmen zählen unter anderem schikanierende polizeiliche Kontrollen, »Sonderbehandlungen« von Bewohner*innen in Form von unbegründeten Platzverweisen oder das In-Verwahrung-Nehmen von Verdächtigen (vgl. Wacquant 2009; Wacquant 2018, S. XXI, XXXIV, XL).

49 Goffman versteht ein Stigma als Resultat einer als massiv erfahrenen Diskreditierung derjenigen, die Normen nicht genügen (können) oder sich deviant verhalten. Auf Dauer führen diese Erfahrungen zum Verlust der eigenen Identität (vgl. Goffman 2013; Engelhardt 2010).

50 Wacquant 2018, S. XX f.

51 Vgl. zum Zusammenhang von Subjektivität, Moderne und Autonomie Habermas 1988, S. 9–33; Koselleck 1989, S. 260–277.

Um herauszuarbeiten, inwiefern die sozialplanerische Praxis selbst entgegen ihrer eigenen Ansprüche jenen Prozess vorantreibt, müssen ihre paradoxalen Folgen in den Fokus gerückt werden. Unter einer Paradoxie verstehen wir grundlegend eine widerspruchsvolle Struktur, innerhalb derer das Gegenteil einer zunächst verfolgten Absicht eintritt.⁵² Paradoxe Folgen sozialplanerischer Praxis sind demnach solche, deren Bekämpfung diese Praxis eigentlich dienen soll, die jedoch von ihr selbst hervorgerufen werden. Dies ist der Fall, wenn die – eigentlich planerisch bekämpfte – städtische Segregation marginalisierter Quartiere durch den Prozess der Stigmatisierung selbst verschärft wird, wenn das Stigma also die planerische Absicht konterkariert.

Ihren Ausgang nimmt die Verschärfung der Segregationsprozesse, sobald jene Gruppen und Institutionen mit symbolischer Macht, zu denen ebenfalls die Sozialplanung zu zählen ist, die geografische Lage des als homogen wahrgenommenen Wohnortes mit dessen Bewohner*innen identifizieren. Aufgrund ihres Stigmas reduzieren sich für die Bewohner*innen marginalisierter Stadtteile nicht nur die Chancen auf dem Arbeitsmarkt,⁵³ sondern auch die Aussichten, eine geeignete Wohnung in einem renommierteren Quartier zu erhalten, was Segregationstendenzen weiter verstärkt.⁵⁴ Die Paradoxie wird spätestens dann sichtbar, wenn sich in den Quartieren Widerstand regt. Dieser nimmt aufgrund eines Mangels an ökonomischer oder symbolischer Macht der Bewohner*innen tendenziell die Form der Gewalt an, wie es etwa 2011 im Londoner Stadtteil Tottenham und 2005 in den französischen Banlieues beobachtet werden konnte.⁵⁵ Zugleich können stigmatisierende Missachtungs- und Diskriminierungserfahrungen zu einer sekundären Devianz führen. Betroffene integrieren dann die stigmatisierende Zuschreibung in ihr Identitätskonzept.⁵⁶ Diese Integration kann zu einer psychischen Entlastung und zur Wiedergewinnung eigener Repräsentationsmöglichkeiten führen: Formen subtiler Aneignung von als deviant stigmatisierten Verhaltensweisen sind zum Beispiel für den Gangsta-Rap nachweisbar.⁵⁷ Unabhängig davon, wie diese Formen der Aneignung und Neucodierung normativ beurteilt werden, ob sie als Teil eines Erosionsprozesses oder als Wiedererlangung der Möglichkeit zur

52 Vgl. zu Formen der Paradoxie Hartmann 2002, S. 235–241.

53 Vgl. Wacquant 2018, S. XVI, 20, 60–66. Vgl. für Vahrenheide-Ost, einem Hannoveraner Stadtteil, Janßen, Polat 2006, S. 2954 f.

54 Farwick zeigt eindrücklich in seiner Studie für Bielefeld, dass in einem dortigen Quartier mit hohem Anteil an Sozialhilfeempfänger*innen die Chance, das Quartier zu verlassen, erheblich niedriger ist als für Bewohner*innen von Quartieren, in denen der Anteil an Sozialhilfeempfänger*innen geringer ausfällt (vgl. Farwick 2001, S. 123–141). Die Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt der Bewohner*innen marginalisierter Quartiere hat Bogardus bereits 1926 mittels des Konzepts der sozialen Distanz erläutert.

55 Vgl. Dzudzek, Müller 2013; Eribon et al. 2019.

56 Vgl. Lemert 2016.

57 Vgl. Ege 2013; Wacquant 2018, S. 71, Fußnote 60.

Selbstrepräsentation gedeutet werden⁵⁸ – sie verstärken gerade jene Ausdrucks- und Handlungsformen, die von der Sozialplanung als Problem benannt werden.

An dieser Stelle wäre es plausibel, die Systemfrage zu stellen, die neoliberale Transformation des Kapitalismus als Ganzes ins Visier der Kritik zu nehmen und als Struktur darzustellen, aus der Marginalität hervorgeht. Im Folgenden stellen wir hingegen reflexive Ansätze aus der Sozialplanung vor, die territorialer Stigmatisierung entgegenwirken können. Sicherlich bieten wir so keinen Weg an, alle strukturbedingten Probleme hochgradiger Marginalität zu beheben. Wohl aber zeigen wir sozialplanerische Praktiken auf, mittels derer die skizzierte Paradoxie gemildert oder umgangen werden kann – Praktiken, die aus dem Sichtfeld geraten, wenn ausschließlich die Systemfrage gestellt wird.

4. Sozialplanerische Perspektiven wider territoriale Stigmata

Mit den folgenden Überlegungen soll auf das Spannungsfeld eingegangen werden, in dem sich Kommunen bei ihrer Raum- und Förderpolitik befinden. Einerseits sind sie auf eine raumbezogene Sozialplanung angewiesen, andererseits um eine Abmilderung von Stigmatisierungseffekten bemüht. Zu erwähnen ist hier erneut, dass territoriale Stigmatisierungen durch verschiedene Kommunikationskanäle und Akteure (wie die mediale Berichterstattung oder politische Diskurse) erzeugt werden. Fraglos lassen sich zugleich diesen Stigmata entgegenwirkende Interventionen für eine reflexive Sozialplanung und eine entsprechende Betrachtung sozialer Räume innerhalb akademischer und außerakademischer Debatten wahrnehmen. Grundzüge einer solchen Reflexion lassen sich bis zur sozialökologischen Perspektive der Chicagoer Schule der 1920er Jahre zurückverfolgen. Deren Vertreter sind bestrebt, die Wechselwirkung von Raum und sozialer Ordnung zu entschlüsseln und den Prozess räumlicher Segregation auf soziale Faktoren und Standortkonkurrenz zurückzuführen.⁵⁹ Gegenwärtig wird dafür plädiert, stärker lebensweltliche Perspektiven einzunehmen, in denen subjektiven Empfindungen der Bewohner*innen marginalisierter Quartiere größeres Gewicht bei der Beurteilung von Problemlagen zuerkannt wird. Mit diesem Blick wird versucht, Quartiere als Sozialraum realitätsgerechter, das heißt weniger an starren Verwaltungskategorien orientiert, zu bestimmen.⁶⁰ Doch sind jene Ansätze oftmals weiterhin problem- und defizitorientiert. Wieso Armut in einem Quartier besonders ausgeprägt ist und dort Teilhabechancen ungleich verteilt sind, sind die Fragen, denen grundlegend nachgegangen wird.

Dennoch lässt sich an die existierenden Debatten anschließen. Ein erster Schritt besteht darin, Räume nicht als ahistorische Einheiten, sondern als lokalisierbares Resultat sozialer Praktiken zu begreifen. Das Bewusstsein ist dafür zu schärfen,

58 Vgl. Seeliger 2013.

59 Vgl. exemplarisch Park et al. 2010 [1925]; für die Aneignung im deutschsprachigen Raum vgl. Bronfenbrenner 1981.

60 Vgl. Meier-Gräwe et al. 2005; Hermann 2006, Kapitel 4.

dass die derart konstruierten Räume spezifische Erkenntnisse und Formen des Zugriffs, der Steuerung oder Handlungsformen ermöglichen – und andere zugleich ausschließen, sodass sie Gefahr laufen, Herrschaftsverhältnisse zu reproduzieren.⁶¹ Denn die Konstitutionsprozesse von Räumen finden nicht in einem Vakuum statt, sondern sind gekennzeichnet durch soziale, politische und ökonomische Machtverhältnisse. Selbst ein Bewusstsein für die relationale Komponente von Räumen, deren Verfasstheit sich aus jenen Verhältnissen speist, kann nicht gänzlich verhindern, dass sozialräumliche Komplexität zumindest bis zu einem gewissen Grad reduziert wird. Jedoch ermöglicht dieses Bewusstsein, sich für bestimmte Raumkonstruktionen zu entscheiden und auf diesem Wege Räume anders zu definieren, zu gestalten und Handlungsfähigkeit für die Bewohner*innen herzustellen.⁶² Eine derartige systematische Reflexion der eigenen sozialplanerischen Praxis kann als Politisierung gelten, da gesellschaftliche Konflikte entgegen einem rein technokratischen, an vermeintlich objektiven Tatsachen orientierten Vorgehen thematisiert werden.⁶³

Bezüglich des Strebens nach einer reflexiven Sozialplanung und einer differenzierten Sozialberichterstattung kristallisieren sich folgende Möglichkeiten heraus:

- (1) Mut zu Heterogenität und Potenzialerkennung: Als Gegenmittel zur territorialen Stigmatisierung kann nicht gelten, soziale Problemfelder in ihrer räumlichen Dimension zu tabuisieren – zumal die Notwendigkeit, soziale Problemlagen räumlich abzugrenzen, im Rahmen der Fördermittelakquise eine feste Rahmenbedingung bleibt. Differenziertere Analysen und Handlungsprogramme helfen jedoch, die betroffenen Räume stärker in ihrer Komplexität darzustellen. Neben Defiziten und Problemkonstellationen müssen die Potenziale und Potenzialteilräume beschrieben und in den Fokus gerückt werden.⁶⁴ Auch Ausstattungsquoten (beispielsweise mit Kindergärtenplätzen oder Anbindungen an den ÖPNV) können erhoben werden. Zudem ist es sehr hilfreich, die Zusammenhänge zwischen Raumstrukturen zu erarbeiten. Die Marginalisierung von Räumen ist nicht ohne die Herausbildung von *upper class*

61 Vgl. Kessl, Reutlinger 2010, S. 125–133.

62 Vgl. Bourdieu 2008; Kessl, Reutlinger 2010, S. 89 f.

63 Vgl. zum Vorwurf einer post-politischen Planungspraxis Werner 2019 a, S. 129; für einen interaktionstheoretischen Blick auf die Herstellung von Devianz vgl. Becker 2014.

64 Eher potenzialorientierte Perspektiven existieren im globalen Kontext der sogenannten »Arrival Cities« (Saunders 2011) oder »Sanctuary Cities« (vgl. Heuser 2017). Der Leitidee jener Selbstbezeichnung folgend, versuchen Städte zum einen, Migration nicht weiterhin als Problem zu definieren, sondern die Potenziale von Migrationsprozessen zu erschließen. Zum anderen wird ein flexibler Umgang mit ordnungspolitischen und rechtlichen Rahmen gepflegt, die einer rigiden Politik der Abschottung das Wort reden. Die jeweiligen Haltungen und Vorgehensweisen dieser Städte lassen sich jedoch nicht unmittelbar auf den hier diskutierten Problemhorizont städtischer und kommunaler, sozialräumlich agierender Sozialplanung übertragen. Zu sehr divergieren die nationalstaatlichen rechtlichen Rahmen sowie die Prozesse, auf die jene internationalen Städte konkret reagieren.

Vierteln möglich, denn beide werden stets in Relation zueinander eingeordnet.⁶⁵ Zu Spaltungsprozessen gehören daher stets zwei Pole. Qualitative Ansätze der Erhebung von Sozialräumen und Problemlagen (Interviews, teilnehmende Beobachtung, Sozialreportagen und -fotografien, Nadelmethode, *mental map* etc.) sind grundlegend hilfreich, denn gerade mit ihnen kann der Sozialraum als Feld aktiver nachbarschaftlicher Beziehungen, bürgerschaftlichen Engagements und sozialer Netzwerke rekonstruiert werden.⁶⁶

- (2) Alternative Daten: Neben qualitativen Ansätzen der Berichterstattung kann das Verarbeiten alternativer Datensätze einen Mehrwert bringen. Denn häufig wird in der sozio-ökonomischen Berichterstattung aufgrund des Mangels an Zahlen zur kleinräumigen Einkommensstatistik die Bevölkerung regelrecht in zwei Gruppen eingeteilt: die Transferleistungsempfänger*innen und die Nicht-Transferleistungsempfänger*innen. Dies wird den komplexen Bedarfslagen in den alltäglichen Lebenswelten der Bevölkerung nicht gerecht. Solche Ansätze treiben die Homogenisierung einzelner Bevölkerungsgruppen und Raumeinheiten auf die Spitze. Es stellt sich die Frage, wie alternative Bedarfs- beziehungsweise Potenziallagen zu identifizieren sind. Das Thema »Soziale Teilhabe« ist hier einer von vielen Schlüsselbegriffen. Sie lässt sich beispielsweise auch über Indikatoren wie Wahlbeteiligung, Verbreitung von Ehrenamtsausweisen, Theaterabonnement-Bezug, Teilnahme an Weiterbildungen von Volkshochschulen, Vereinsmitgliedschaften oder Bezug von Stadtbibliotheksausweisen kleinräumig darstellen. Sicherlich ist kritisch zu hinterfragen, inwiefern soziale Teilhabe auch nur im Ansatz ausreichend durch die Analyse der oben genannten Partizipationsfelder beschrieben werden kann und ob nicht ganz andere Formen von Teilhabe (Vereinsmitgliedschaften, Abonnements in Fitnessstudios) betrachtet werden müssten.⁶⁷ Die Operationalisierbarkeit der Betrachtungsebenen setzt der Sozialberichterstattung Grenzen. Oben genannte Variablen bieten einen Einstieg in das komplexe Themenfeld von sozialer Teilhabe. Vermehrte Forschung und neue empirische Zugänge zu den Variablen könnten einer solchen Betrachtungsweise zu größerer Bedeutung verhelfen. Ebenfalls lassen sich dem Punkt »alternative Daten« andere Darstellungsformen in der Kartografie zurechnen. Die Macht, die hinter Zahlen- und Kartenwerken steckt, und die Folgen einer Reduzierung von Komplexität in der Sozialberichterstattung gilt es in der Sozialplanung zu reflektieren. Hier helfen beispielsweise raumtheoretische Ansätze und insbesondere die kritische Kartografie, die sich mit der Raumproduktion und der »Macht von Karten« beschäftigt. Karten – als »Diskursfragmente« verstanden – »kategorisieren, grenzen ab, ordnen, verorten, benennen und (re-)produzieren Weltbilder« und sind nicht einfach Abbilder einer sozialen Wirklichkeit. Sie unterstützen vielmehr die Konstruktion verschiedener sozialer Wirklichkeiten, die für »Tatsachen« gehalten und als solche verwendet werden. Die oben diskutierte Proble-

65 Vgl. Belina, Miggelbrink 2010.

66 Vgl. Heintze 2019, S. 45 f.

67 Vgl. zum Problem, soziale Teilhabe begrifflich zu bestimmen, Behrendt 2019.

matik subjektiver Raumkonstruktionen kann aufgebrochen werden durch eine zumindest partielle Abkehr vom Denken in vermeintlich lebensweltorientierten Quartieren. Sogenannte Rasterkarten werden so konzipiert, dass das Stadtgebiet in Quadrate (zum Beispiel 500 x 500 Meter) eingeteilt wird und über diese Indikatoren dargestellt werden. Diese Quadrate orientieren sich nicht an politischen Grenzen oder gefühlten Nachbarschaften. Sie zeigen häufig auf, dass sich die räumliche Verteilung von Problemlagen selten »perfekt« über bekannte und immer wieder reproduzierte Viertellabels erklären lassen. Des Weiteren lassen sich nicht alle sozialen Phänomene über sozialraum- und quartierorientierte Betrachtungsweisen beschreiben. In der Formulierung von Maßnahmen, etwa zur Bekämpfung von Kinderarmut, kann es durchaus sinnvoll sein, sich zum Beispiel Daten von Betreuungseinrichtungen anzuschauen und über die soziale Durchmischung einrichtungs- und nicht sozialraumbezogen zu diskutieren. In der Analyse einrichtungsbezogener Segregationsphänomene zeigt Kersting für die Stadt Mülheim/Ruhr auf, dass über einen reinen Sozialraumbezug die Konzentration von Armut in Kinderbetreuungseinrichtungen völlig außer Acht gelassen wird. Es sind also verschiedene »räumliche« Bezugsgrößen für Sozialberichterstattung sinnvoll.⁶⁸

- (3) Wissensvermittlung und Einordnung der Ergebnisse: Eine Sozialberichterstattung, die ebenfalls als Kommunikationskanal verstanden werden kann, sollte sich des Auftrags der Wissensvermittlung bewusst sein und sich nicht lediglich als Lieferantin von Zahlen und Informationen verstehen. Denn Sozialberichterstattung wird für eine heterogene Leserschaft erstellt. Es ist unabdingbar, nicht lediglich Daten und Kartenmaterialien zu produzieren, sondern die Ergebnisse zu erklären und in einen Kontext zu setzen. Sozialberichterstattung sollte sich den Fragen stellen, was genau eine erhöhte Migrant*innenquote vor Ort bedeutet, warum der Transferleistungsbezug als Indikator für Armutsphänomene ungenügend sein kann und welche Wechselwirkungen zwischen der erhöhten Armutskonzentration und der Wohnungsmarktentwicklung bestehen.⁶⁹ Sozialberichterstattung sollte beim »Verstehen« helfen, denn damit zeigt sie Problemfelder auf und beugt gleichzeitig Überakzentuierungen von Themen oder Fehlinterpretationen vor. Dies fängt bei der Erklärung von Indikatoren an (Was bedeutet überhaupt ein Bezug von Arbeitslosengeld nach dem SGB II?) und führt zum Aufzeigen von deren Wechselwirkungen (zum Beispiel erhöhter Pflegegeldbedarf im Quartier durch den Neubau eines Pflegeheims). Es ist dabei durchaus sinnvoll, komplexere Themen wie Segregation oder die Konstruktion von Planungsräumen (zum Beispiel Quartiere) kontrovers zu diskutieren. Der interessierten Fachöffentlichkeit und den Kooperationspartner*innen innerhalb von Verwaltungsstrukturen wird damit die Komplexität der Debatten aufgezeigt.

Sehr bedeutsam dafür, eine derartige sozialplanerische Haltung flächendeckend zu vermitteln, ist eine überregionale Vernetzung der in der Sozialpla-

68 Vgl. Kersting 2017.

69 Vgl. Brülle, Krätschmer-Hahn 2018.

nung und in angrenzenden Fachgebieten tätigen Sozialplaner*innen. Mit dem Verein für Sozialplanung (VSOP) und anderen, stärker landesbezogenen Netzwerken bestehen bereits etablierte Plattformen, um sich über die Art und Weise des Handelns auszutauschen. Eine kritische Reflexion des Themas »Haltung« im Kontext von Sozialplanung fand jüngst auf der Jahrestagung des VSOP in Bielefeld statt, auf der Aufgaben sowie Reichweite und Grenzen von Sozialplanung und Sozialberichterstattung im Fokus standen.⁷⁰

- (4) Responsive Bildung von Problemindikatoren: Indikatoren, die quartierspezifische Probleme anzeigen, verweisen auf Bedürfnisse der Bewohner*innen vor Ort. Um die Pluralität von Bedürfnissen und ebenfalls ihre zeitliche Bedingtheit berücksichtigen zu können, bedarf die Sozialplanung der institutionalisierten Responsivität. Darunter ist zu verstehen, der Sozialplanung sozialraumbezogene Informationen dauerhaft und systematisch im Sinne eines *bottom-up*-Prozesses zur Verfügung zu stellen. Zusätzlich hilft beim Verstehen ein regelmäßiger Austausch mit zentralen Netzwerken und Akteuren in den Quartieren der Sozialberichterstattung. Hier können ein Quartiersmanagement oder Stadtteil- beziehungsweise Quartierskonferenzen als Seismografen und Lotsen fungieren und gewährleisten, dass sich wandelnde Bedürfnisse kommuniziert und sozialplanerisch berücksichtigt werden. Eine derartige sozialräumliche Planung baut bürokratisch-administrativ eingezogene Hierarchien ab, versteht die Bewohner*innen als Instanz, vor der es sich in erster Linie zu rechtfertigen gilt, und greift damit zentrale Gedanken des *Community Organizing* auf.⁷¹
- (5) Sozialberichterstattung mit Weitblick: Eine Sozialberichterstattung, die lediglich eine Identifizierung marginalisierter Problemräume intendiert, verschärft das Problem territorialer Stigmata. Sie stützt sich in der Regel auf sozio-ökonomische Armutsdaten und das Thema der Zuwanderung (Integrationsherausforderungen) und konstruiert damit zugleich Räume, in denen sich soziale und ethnische Segregationstendenzen verstärken. Eine interdisziplinäre Berichterstattung wird allerdings auch in den vermeintlich unauffälligen, weil nicht von Armut betroffenen Räumen Defizite und Herausforderungen identifizieren. Ihr Motiv lässt sich auf die Formel bringen: »Jedes Quartier hat seine spezifischen Herausforderungen.« Das Bild wird deutlich differenzierter, sobald demografische Überalterungsprozesse, städtebauliche Herausforderungen, Mobilitäts- und Anbindungsfragen, Wohnungsmarktentwicklungen und Umweltfaktoren ebenfalls berücksichtigt werden. Statt die »guten« von den »schlechten« Quartieren zu trennen, bietet es sich an, Quartierstypen mit spezifischen Problemlagen zu definieren, die ein differenzierteres Bild der Stadt ergeben. Hierunter werden sich sicherlich auch die Quartiere mit Multi-Problemlagen wiederfinden. Diese werden dann allerdings in einen Gesamtzusammenhang städtischer Entwicklungen gesetzt. Das bedeutet auch, zu relativieren und die Bedeutung von Segregation für die Stadt zu verstehen. Wenn in

70 Vgl. Werner 2018.

71 Vgl. May 2008, S. 72–79.

vier Stadtvierteln, in denen 25 Prozent der Gesamtbevölkerung leben, 50 Prozent aller Transferleistungsempfänger*innen leben, spricht dies für eine deutliche Konzentration und eine Segregationstendenz. Ein Raumfokus scheint hier unausweichlich. Gleichzeitig bedeutet dieses Rechenbeispiel allerdings auch, dass jede*r zweite Transferleistungsempfänger*in eben nicht in diesen vier Quartieren lebt. Ebenfalls zu bedenken ist, dass sich in sogenannten »Problemquartieren« in der Regel soziale Missstände konzentrieren, deren Ursachen in gesamtwirtschaftlichen und bundespolitischen Erklärungsdimensionen liegen.

- (6) **Ausgleichender lokaler Förderansatz:** Der fünfte Punkt verdeutlicht die Notwendigkeit einer differenzierteren lokalen Förderpolitik, die sich in ausgleichender Manier möglichst allen genannten Themenfeldern annimmt. Neben Programmen zur Armutsbekämpfung und Beseitigung von Strukturproblemen in Multi-Problem-Gebieten können auch andere Quartiersprojekte über Fördermittel umgesetzt werden. Ein Beispiel ist der Landes-Förderkontext »Alter und Pflege« in Nordrhein-Westfalen, über den ein quartierbezogener Ansatz zur Entwicklung altengerechter Quartiere gefördert wird. Herausforderungen des demografischen Wandels werden hier mit Quartierentwicklungsansätzen verknüpft. Über diese Förderschiene können quartierspezifische Instrumente für Räume beantragt werden, in denen ganz andere Themen im Vordergrund stehen als in klassischen »Soziale Stadt«-Quartieren. Kleinräumig entwickelt werden hier Themen wie Versorgung, Mobilität, Pflege und Nachbarschaftsentwicklung. Ein Themenmix beim gesamtstädtischen Einsatz von Instrumenten wie Quartiersmanagement kommuniziert eine ganzheitliche Betrachtungsweise und eine ausgleichende kommunale Förderpolitik.
- (7) **Konkrete Zielsetzungen im Zuge der Maßnahmenformulierungen:** Der Abbau von »Strukturproblemen« oder die »Schaffung von mehr Begegnung« bleiben oftmals sehr vage formulierte Ziele. Eine klare Idee davon, was insbesondere soziale Maßnahmen in den als »Problemräumen« identifizierten Quartieren erzielen sollen, hilft, sich mit den individuellen und spezifischen Problemlagen zu beschäftigen. Ein deutlich erkennbarer roter Faden in Analyse, Interpretation und Schlussfolgerungen schafft Möglichkeiten für klar formulierte Handlungsempfehlungen und Maßnahmenentwicklungen bei der Fokussierung auf die konkreten Bedarfe. Damit verbunden ist eine realistische Zielsetzung sinnvoll, genauso wie der offene Umgang mit gegebenen Strukturen, die nicht unmittelbar durch die Sozialplanung selbst beeinflusst werden können.

5. Resümee und Ausblick

Der vorliegende Text versteht sich als Anregung, theoretische Reflexion sowie sozial- und stadtpolitische Praxis zusammenzubringen. Im Kontext zunehmender sozialer Polarisierungs- und Segregationstendenzen in deutschen Großstädten sind die räumlich fokussierte Sozialplanung und die sozialraumorientierte Sozialberichterstattung zentrale Strategien der Städte und Kommunen, die das Ziel einer

ausgewogenen sozialen Stadtentwicklung verfolgen. Konkret bedeutet dies eine Förderung von als problematisch eingestuften städtischen Teilräumen, denen eine stark vom Durchschnitt abweichende Entwicklung attestiert wird. Sozialraumbezogene Ansätze haben wir als Strukturen und Praktiken charakterisiert, die einen wünschenswerten sozialen Zustand markieren und zugleich städtische Quartiere als Problemfelder konstruieren und konstituieren. In stadtsoziologischer Perspektive haben wir dargestellt, inwiefern jene Strukturen und Praktiken eine paradoxe Wirkung haben: Insbesondere im Kontext neoliberaler Stadtpolitiken, der Erosion von subsistenzsichernden Arbeitsplätzen und der Entstehung der europäischen »working poor« rufen sozialraumbezogene Sozialplanung und -berichterstattung Effekte hervor, die ihrer eigentlichen Absicht, soziale Fragmentierung abzubauen, diametral entgegenstehen. Sie produzieren eine problemorientierte und stark vereinfachende kommunale Sozialberichterstattung, die auf eine Abgrenzung homogener Problemräume ausgerichtet ist. Eine derartig unreflektierte Betrachtung räumlicher Stadtstrukturen verschärft die ohnehin durch Marginalisierung betroffenen Quartiere in nicht unerheblicher Weise. Territoriale Stigmatisierung ist der Begriff, auf den sich diese Effekte bringen lassen. Anschließend haben wir versucht, Grundzüge einer reflexiven Sozialplanung zu umreißen, die sich dieser stigmatisierenden Effekte bewusst ist. Eine solche Sozialplanung, deren Hauptinstrument die Sozialberichterstattung ist, arbeitet quantitativ und qualitativ und analysiert auf verschiedenen Deutungsebenen Potenziale und Problemfelder. Sie ist sich des konstruierten Charakters der definierten Raumeinheiten bewusst. Neben der Produktion von Daten versteht sich diese reflexive Sozialplanung auch als kommunikative Nahtstelle, die Zusammenhänge und Wechselwirkungen sozialer Prozesse einordnet, erklärt und in ihrer Komplexität darstellt. Sie stellt dabei Teilprozesse stets in einen städtischen Gesamtkontext und verhindert so die zusammenhangslose *Bloßstellung von Problemquartieren*.

Wird Sozialplanung derart betrieben, erweist sie sich als besonders behutsam im Umgang mit Begriffen und Kategorien, Diskursen und Maßnahmen, die territoriale Stigmatisierung (re)produzieren. Im Unterscheid zu einer Grenzziehung zwischen Soll-Zustand und Problembereich, die einer rein binären Logik folgt, reflektiert die Sozialplanung die dynamischen Interaktionsprozesse, in denen Quartiere als abweichend und damit als Problem definiert werden, ebenso wie das institutionelle sozialräumlich orientierte Setting, das die Interaktionsprozesse rahmt.

Literatur

- Anderson, Benedict R. 2005 [1983]. *Die Erfindung der Nation. Zur Karriere eines folgenreichen Konzepts*. 2. Auflage. Frankfurt a. M., New York: Campus.
- Becker, Howard S. 2014. *Außenseiter. Zur Soziologie abweichenden Verhaltens*. 2. Auflage. Wiesbaden: Springer VS.
- Behrendt, Hauke 2019. »Soziale Teilhabe als Tatsache, Wert und Aufgabe«, in *Deutsche Zeitschrift für Philosophie* 67, 3, S. 464–489.
- Belina, Bernd; Miggelbrink, Judith. Hrsg. 2010. *Hier so, dort anders. Raumbezogene Vergleiche in der Wissenschaft und anderswo*. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Berger, Peter L.; Luckmann, Thomas 2004. *Die gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit. Eine Theorie der Wissenssoziologie*. 20. Auflage. Frankfurt a. M.: Fischer.

- BMI (Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat) 2018. *Soziale Stadt*. www.staedtebaufoerderung.info/StBauF/DE/Programm/SozialeStadt/soziale_stadt_node.html (Zugriff vom 05.11.2019).
- Bogardus, Emory S. 1926. »Social Distance in the City«, in *Proceedings and Publications of the American Sociological Society*, hrsg. v. American Sociological Society, S. 40–46. Chicago: University of Chicago Press.
- Boltanski, Luc; Esquerre, Arnaud 2019. *Bereicherung. Eine Kritik der Ware*. Berlin: Suhrkamp.
- Bourdieu, Pierre 2005 [1998]. *Die männliche Herrschaft*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Bourdieu, Pierre 2008. »Ortseffekt«, in *Das Elend der Welt. Zeugnisse und Diagnosen alltäglichen Leidens an der Gesellschaft*, hrsg. v. Bourdieu, Pierre; Accardo, Alain, S. 159–167. Unveränderter Nachdruck der deutschen Erstausgabe. Konstanz: UVK.
- Bröckling, Ulrich; Krasmann, Susanne; Lemke, Thomas 2000. »Gouvernementalität, Neoliberalismus und Selbsttechnologien. Eine Einleitung«, in *Gouvernementalität der Gegenwart. Studien zur Ökonomisierung des Sozialen*, hrsg. v. Bröckling, Ulrich; Krasmann, Susanne; Lemke, Thomas, S. 7–40. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Bronfenbrenner, Urie 1981. *Die Ökologie der menschlichen Entwicklung. Natürliche und geplante Experimente*. Stuttgart: Klett-Cotta.
- Brülle, Heiner; Krätchmer-Hahn, Rabea 2018. »Dimensionen kommunaler Armuts politik«, in *Handbuch Armut. Ursachen, Trends, Maßnahmen*, hrsg. v. Böhnke, Petra; Dittmann, Jörg; Goebel, Jan, S. 309–319. Opladen: Verlag Barbara Budrich.
- Butterwegge, Christoph 2001. *Wohlfahrtsstaat im Wandel*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Chassé, Karl A. 2010. *Unterschichten in Deutschland. Materialien zu einer kritischen Debatte*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Crouch, Colin 2008. *Postdemokratie*. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- Dahme, Heinz-Jürgen; Wohlfahrt, Norbert 2013. *Lehrbuch kommunale Sozialverwaltung und soziale Dienste. Grundlagen, aktuelle Praxis und Entwicklungsperspektiven*. 2. Auflage. Weinheim: Beltz Juventa.
- Dangschat, Jens S. 2000. »Sozial-räumliche Differenzierung in Städten: Pro und Contra«, in *Stadt und soziale Ungleichheit*, hrsg. v. Harth, Annette; Scheller, Gitta; Tessin, Wulf, S. 141–159. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Dangschat, Jens S. 2014. »Soziale Ungleichheit und der (städtische) Raum«, in *Urbane Ungleichheiten. Neue Entwicklungen zwischen Zentrum und Peripherie*, hrsg. v. Berger, Peter A. et al., S. 117–132. Wiesbaden: Springer VS.
- Dohmen-Burk, Renate 2019. »Sozialberichterstattung«, in *VSOP Kursbuch Sozialplanung. Orientierung für Praxis und Wissenschaft*, hrsg. v. Gottschalk, Ingo, S. 83–111. Wiesbaden: Springer VS.
- Dzudzek, Iris; Müller, Michael 2013. »Der Lärm des Politischen. Die Londoner riots 2011 und ihre politischen Subjekte«, in *suburban. zeitschrift für kritische stadtforschung* 1, 2, S. 17–40.
- Ege, Moritz 2013. »Ein Proll mit Klasse«. *Mode, Popkultur und soziale Ungleichheiten unter jungen Männern in Berlin*. Frankfurt a. M.: Campus.
- Eribon, Didier; Louis, Edouard; de Lagasnerie, Geoffroy 2019. »Die Herrschenden haben Angst – und das ist wundervoll«. *Interview mit Daniel Binswanger (Text) und Paul Lehr (Bild)*. www.republik.ch/2019/01/12/die-herrschenden-haben-angst-und-das-ist-wundervoll?fbclid=IwAR0OnJPhpze_-rc7nLKL-cPB5KQh0g_90TqWvFWkAwIVsQdKObLCEly4ypw (Zugriff vom 17.01.2019).
- Farwick, Andreas 2001. *Segregierte Armut in der Stadt. Ursachen und soziale Folgen der räumlichen Konzentration von Sozialhilfeempfängern*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Foucault, Michel 2005. *Analytik der Macht*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Gebhardt, Hans; Reuber, Paul; Wolkersdorfer, Günther 2004. »Konzepte und Konstruktionsweisen regionaler Geographien im Wandel der Zeit«, in *Berichte zur deutschen Landeskunde* 78, 3, S. 293–312.
- Gerber, Eva 2017. *Handbuch Quartierentwicklung. Wissen für die Praxis aus acht Jahren Programm »Projets urbains – Gesellschaftliche Integration in Wohngebieten«*. Bern: BBL.

- Goffman, Erving 2013. *Wir alle spielen Theater. Die Selbstdarstellung im Alltag*. 13. Auflage. München: Malik.
- Goffman, Erving 2016. *Stigma. Über Techniken der Bewältigung beschädigter Identität*. 23. Auflage. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Gottschalk, Ingo 2019. »Vorwort – Sozialplanung aktuell«, in *VSOP Kursbuch Sozialplanung. Orientierung für Praxis und Wissenschaft*, hrsg. v. Gottschalk, Ingo, S. 5–13. Wiesbaden: Springer VS.
- Habermas, Jürgen 1973. *Legitimationsprobleme im Spätkapitalismus*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Habermas, Jürgen 1988. *Der philosophische Diskurs der Moderne. Zwölf Vorlesungen*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Hartmann, Martin 2002. »Widersprüche, Ambivalenzen, Paradoxien. Begriffliche Wandlungen in der neuen Gesellschaftstheorie«, in *Befreiung aus der Mündigkeit. Paradoxien des gegenwärtigen Kapitalismus*, hrsg. v. Honneth, Axel, S. 221–251. Frankfurt a. M.: Campus.
- Häußermann, Hartmut; Läßle, Dieter; Siebel, Walter 2008. *Stadtpolitik*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Häußermann, Hartmut; Siebel, Walter 2000. »Wohnverhältnisse und Ungleichheit«, in *Stadt und soziale Ungleichheit*, hrsg. v. Harth, Annette; Scheller, Gitta; Tessin, Wulf, S. 120–140. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Heintze, Isolde 2019. »Sozialraumorientierung«, in *VSOP Kursbuch Sozialplanung. Orientierung für Praxis und Wissenschaft*, hrsg. v. Gottschalk, Ingo, S. 39–52. Wiesbaden: Springer VS.
- Hermann, Sabine 2006. *Konzept einer integrierten, handlungsorientierten Gesundheits- und Sozialberichterstattung im regionalen Ansatz. Theorien, Methoden, Anwendungsfelder*. Berlin: Technische Universität Berlin.
- Heuser, Helene 2017. *Sanctuary Cities in Deutschland: Widerstand gegen die Abschiebepolitik der Bundesregierung*. <https://verfassungsblog.de/sanctuary-cities-in-deutschland-widerstand-gegen-die-abschiebepolitik-der-bundesregierung/> (Zugriff vom 27.08.2019).
- Honneth, Axel 1994. *Desintegration. Bruchstücke einer soziologischen Zeitdiagnose*. Frankfurt a. M.: Fischer.
- Janßen, Andrea; Polat, Ayca 2006. »Zu benachteiligenden Effekten in Migrantenvierteln«, in *Soziale Ungleichheit, kulturelle Unterschiede. Verhandlungen des 32. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in München 2004*, hrsg. v. Rehberg, Karl-Siebert, S. 2948–2957. Frankfurt a. M.: Campus.
- Jungfer, Klaus 2005. *Die Stadt in der Krise. Ein Manifest für starke Kommunen*. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- Keim, Rolf; Neef, Rainer 2000. »Ausgrenzung und Milieu: Über die Lebensbewältigung von Bewohnerinnen und Bewohnern städtischer Problemgebiete«, in *Stadt und soziale Ungleichheit*, hrsg. v. Harth, Annette; Scheller, Gitta; Tessin, Wulf, S. 248–273. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Kersting, Volker 2009. »Die A 40 – der Sozialäquator des Ruhrgebiets«, in *Atlas der Metropole Ruhr. Vielfalt und Wandel des Ruhrgebiets*, hrsg. v. Prosek, Achim et al., S. 142–145. Köln: Emons Verlag.
- Kersting, Volker 2017. »Soziale Stadt: Über Armut und die begrenzte Reichweite von Quartierspolitik«, in *urbanLab Magazin* 2, 2, S. 44–47.
- Kessl, Fabian; Reutlinger, Christian 2010. *Sozialraum. Eine Einführung*. 2. Auflage. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Koselleck, Reinhart 1989. *Vergangene Zukunft. Zur Semantik geschichtlicher Zeiten*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Kozanák, Ingrid 2014. *Kleinräumiges Monitoring für kommunale Prävention am Beispiel des kanadischen Projektes HELP. Arbeitspapiere wissenschaftliche Begleitforschung »Kein Kind zurücklassen!«*. Gütersloh: Bertelsmann Stiftung.
- Krummacker, Michael; Kulbach, Roderich; Waltz, Viktoria; Wohlfahrt, Norbert 2003. *Soziale Stadt – Sozialraumentwicklung – Quartiersmanagement*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

- Lemert, Edwin M. 2016. »Der Begriff der sekundären Devianz«, in *Kriminologische Grundlagentexte*, hrsg. v. Klimke, Daniela; Legnaro, Aldo, S. 125–137. Wiesbaden: Springer VS.
- Marx, Karl; Engels, Friedrich 1972. *Marx-Engels-Werke*. Band 2. Berlin: Dietz.
- Mau, Steffen 2017. *Das metrische Wir. Über die Quantifizierung des Sozialen*. Berlin: Suhrkamp.
- May, Michael 2008. »Sozialraumbezüge Sozialer Arbeit«, in *Kompetenzen im Sozialraum. Sozialraumentwicklung und -organisation als transdisziplinäres Projekt*, hrsg. v. Alisch, Monika; May, Michael, S. 61–84. Opladen: Verlag Barbara Budrich.
- May, Michael 2017. »Das Verhältnis von Sozialplanung und Sozialraum. Theoretische Grenzziehung, Aussagefähigkeit und Nutzen in der Praxis«, in *Sozialmagazin* 10, 5–6, S. 15–21.
- Meier-Gräwe, Uta; Dorn, Markus; Mardorf, Silke 2005. *Entwicklung eines lebenslagen- und haushaltsbezogenen Datenmodulsystems zur Qualifizierung von kommunalen Armuts- und Sozialberichterstattungsvorhaben. Ein Forschungsbericht*. Gießen: Justus-Liebig-Universität.
- Menke, Christoph 2018. »Die Kritik des Rechts und das Recht der Kritik«, in *Deutsche Zeitschrift für Philosophie* 66, 2, S. 143–161.
- Miggelbrink, Judith 2009. »Räume und Regionen der Geographie«, in *Raumkonzepte. Disziplinäre Zugänge*, hrsg. v. Baumgärtner, Ingrid; Klumbies, Paul-Gerhard; Sick, Franziska, S. 71–94. Göttingen: V & R Unipress.
- Offe, Claus 1972. *Strukturprobleme des kapitalistischen Staates. Aufsätze zur politischen Soziologie*. Frankfurt a. M.: Campus.
- Park, Robert E.; Burgess, Ernest W.; Janowitz, Morris 2010 [1925]. *The City: Suggestions for Investigation of Human Behavior in the Urban Environment*. 2. Auflage. Chicago: University of Chicago Press.
- Pettenkofer, Andreas 2014. »Der Blick des stigmatisierten Aufsteigers. Goffman über hierarchische Interaktion und aufgenötigte Perspektivübernahme«, in *Gründungsszenen soziologischer Theorie*, hrsg. v. Farzin, Sina; Laux, Henning, S. 41–53. Wiesbaden: Springer VS.
- Reckwitz, Andreas 2017. *Die Gesellschaft der Singularitäten. Zum Strukturwandel der Moderne*. Berlin: Suhrkamp.
- Reutlinger, Christian; Vellacott, Christina 2018. »Gibt es »Asozialräume«? – eine Suche nach einem alternativen Begriffskonstrukt«, in *Sozialraum.de* 10, 1. www.sozialraum.de/gibt-es-asozialraeume.php (Zugriff vom 04.04.2020).
- Saunders, Doug 2011. *Die neue Völkerwanderung – Arrival City*. München: Karl Blessing Verlag.
- Schuster, Nina; Volkman, Anne 2019. »Lebenschancen im Quartier. Lebensziele von Stadtteilbewohner(inne)n, ihre Ressourcen und Strategien, sich diese zu erfüllen«, in *Raumforschung und Raumordnung* 77, 4, S. 1–15.
- Seeliger, Martin 2013. *Deutscher Gangstarap. Zwischen Affirmation und Empowerment*. Berlin: Posth.
- Streeck, Wolfgang 2013. *Gekaufte Zeit. Die vertagte Krise des demokratischen Kapitalismus*. Berlin: Suhrkamp.
- tz 2009. *Wo Münchens Sorgen wohnen*. www.tz.de/muenchen/stadt/wo-muenchens-sorgen-wo-wohnen-72459.html (Zugriff vom 01.10.2019).
- Volkman, Anne 2012. *Quartiereffekte in der Stadtforschung und der sozialen Stadtpolitik. Die Rolle des Raumes bei der Reproduktion sozialer Ungleichheit*. Berlin: Forum Stadt- und Regionalplanung e.V.
- von Engelhardt, Michael 2010. »Erving Goffman. Stigma. Über Techniken der Bewältigung beschädigter Identität«, in *Schlüsselwerke der Identitätsforschung*, hrsg. v. Jörissen, Benjamin; Zirfas, Jörg, S. 123–140. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Vormbusch, Uwe 2012. *Die Herrschaft der Zahlen. Zur Kalkulation des Sozialen in der kapitalistischen Moderne*. Frankfurt a. M., New York: Campus.
- Wacquant, Loic 2009. *Punishing the Poor. The Neoliberal Government of Social Insecurity*. Durham: Duke University Press.
- Wacquant, Loic 2018. *Die Verdammten der Stadt. Eine vergleichende Soziologie fortgeschrittener Marginalität*. Wiesbaden: Springer VS.
- Wacquant, Loic; Slater, Tom; Pereira, Virgílio B. 2014. »Territorial Stigmatization in Action«, in *Environment and Planning A: Economy and Space* 46, 6, S. 1270–1280.

- Wardenga, Ute 2006. »Raum- und Kulturbegriffe in der Geographie«, in *TatOrte. Neue Raumkonzepte didaktisch inszeniert*, hrsg. v. Dickel, Mirka; Kanwischer, Detlef, S. 21–47. Berlin, Münster: LIT Verlag.
- Werner, Walter 2018. *Kritische Sozialplanung als Auftrag und Haltung. Vortrag auf der VSOP-Jahrestagung 2018*. www.vsop.de/wp-content/uploads/2018/11/Bielefeld_Sozialplanung-Haltung-Auftrag_AG-Input_09-2018.pdf (Zugriff vom 05.11.2019).
- Werner, Walter 2019 a. »Ausblick – Selbstverständnis, Standards und Haltung der Sozialplanenden«, in *VSOP Kursbuch Sozialplanung. Orientierung für Praxis und Wissenschaft*, hrsg. v. Gottschalk, Ingo, S. 123–135. Wiesbaden: Springer VS.
- Werner, Walter 2019 b. »Geschichte der Sozialplanung, theoretische Grundlagen, Methodologie«, in *VSOP Kursbuch Sozialplanung. Orientierung für Praxis und Wissenschaft*, hrsg. v. Gottschalk, Ingo, S. 15–27. Wiesbaden: Springer VS.

Zusammenfassung: Der Text diskutiert die zeitgenössische raumbezogene Sozialplanung und ihr zentrales Instrument der Sozialberichterstattung. Vor dem Hintergrund neoliberaler Stadtfinanzierung wird die These formuliert, dass jener sozialplanerischen Praxis ein paradoxer Effekt eigen ist: Entgegen ihrer Absichten verstärken sie territoriale Stigmatisierungsdynamiken und somit Prozesse der sozialräumlichen Segregation. Zugleich gibt der Text Anregungen zu einer anderen, reflexiven Sozialplanung, die sich der entfalteten Paradoxie bewusst bleibt.

Stichworte: Stadtsoziologie, Stigmatisierung, Sozialplanung, Paradoxien, Segregation

The Paradox of Space-Related Social Planning. The Process of Unintended Territorial Stigmatization through Social Reporting

Summary: The article discusses contemporary space-related social planning and its central instrument of social reporting. Considering the neoliberal urban financing, we argue that this practice of social planning has paradoxical effects: contrary to its intentions, it reinforces territorial stigmatization dynamics and thus processes of social-spatial segregation. At the same time, the article provides suggestions for a different, reflexive social planning that remains aware of the unfolded paradox.

Keywords: urban sociology, stigmatization, social planning, paradoxes, segregation

Autoren

Markus Baum
Katholische Hochschule Nordrhein-Westfalen/Aachen,
Robert-Schuman-Straße 25
52066 Aachen
m.baum@katho-nrw.de

Marius Otto
Stadt Aachen/Fachbereich Wohnen, Soziales und Integration
Sozialplanung
Verwaltungsgebäude Bahnhofplatz
Hackländerstraße 1
52064 Aachen
marius.otto@mail.aachen.de